

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1877**

6.2.1877 (No. 31)

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 6. Februar.

No. 31.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1877.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 1. Februar gnädigst geruht,

dem Professor Dr. Karl Wachsmuth an der Universität Göttingen die erledigte ordentliche Professur der Klassischen Philologie an der Universität Heidelberg sowie die Mitdirektion des philologischen Seminars daselbst zu übertragen und denselben gleichzeitig zum außerordentlichen Mitglied des Oberlehrer-Raths zu ernennen;

den Professor Dr. Wiedelbend an der Universität Zürich zum ordentlichen Professor der Philosophie an der Universität Freiburg,

den Professor Dr. Friedrich August Theodor Böhlen am hiesigen Gymnasium zum Rektor der höheren Töchterschule daselbst,

den Professor Friedrich August Wilhelm Thorbecke am Gymnasium in Heidelberg zum Rektor der neu zu errichtenden höheren Töchterschule daselbst,

den ordentlichen Lehrer an der höheren Töchterschule zu Potsdam, Dr. Edmund v. Freihold, zum Professor an der höheren Töchterschule in Freiburg zu ernennen und

den Professor Ernst Otto Ludwig Christian Wilkens an der höheren Bürgerschule in Sinsheim an das Progymnasium und Realgymnasium in Lahr zu versetzen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 3. Februar l. J. gnädigst geruht,

den Professor Friedrich Nummer am Gymnasium in Heidelberg auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen vorgeordneten Alters, unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste auf 1. Mai l. J. in den Ruhestand zu versetzen;

die hierdurch in Erledigung kommende Lehrstelle am Gymnasium zu Heidelberg dem Professor Friedrich Julius Henrici an der höheren Bürgerschule daselbst zu übertragen und ferner

den Professor Karl Holzherr am Gymnasium in Heidelberg auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen körperlicher Leiden, unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste in den Ruhestand zu versetzen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† Berlin, 3. Febr. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst die Vorlage über Abänderung der Vorschriften für die Veranlagung der Grund-, Klassen- und Einkommensteuer an die Budgetkommission verwiesen. Hinsichtlich des Nachweises betr. den für den Etat der Eisenbahn-Verwaltung im Jahre 1875 ausgegebenen Dispositionsfonds von 9<sup>10</sup> Millionen ertheilte das Haus auf den Bericht der Budgetkommission Decharge und genehmigte sodann nach längerer Debatte in zweiter Lesung unverändert den Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums.

Auf erhobene Anfrage wurde vom Minister Friedenthal die Förderung der Kanalbauten in der Provinz Hannover zugesichert und dabei auch zugleich erklärt, daß die Verhandlungen mit Holland wegen Anschluß des holländischen Kanalsystems an das deutsche dem Abchluß nahe seien. Der Antrag des Abg. Kraß wegen Beihilfe des Staates zu den Deichbauten auf der Wilster Marsch wurde an die Budgetkommission verwiesen. Nach Erledigung des von letzterer Kommission erstatteten Berichts über die Reichsstaatsablage bezüglich der Konsolidation von Staatsanleihen genehmigte das Haus in Fortsetzung der zweiten Lesung des Staatshaushalts-Entwurfes die Etats der Porzellanmanufaktur, des Herren- und Abgeordnetenhauses unverändert.

Bei dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wurde auf Antrag Wächter's nach längerer Debatte beschlossen, die Position betr. die Wohnungsgeld-Zuschüsse für die bei den Oberpräsidien angestellten Beamten an die Budgetkommission zu verweisen. Gegenüber Ausführungen des Abg. v. Heermann äußerte sich der Minister des Innern dahin, die Regierung müsse sich bei Durchführung des Kulturkampfes aller ihr zu Gebote stehenden Mittel bedienen; ob dabei immer geschickt verfahren werde, lasse sich hier nicht entscheiden. Schließlich wurden noch die Etats der allgemeinen Finanzverwaltung und des Ministeriums des Innern, letzterer bis einschließlich des Titels über die Verwaltung der Strafanstalten, nach unerheblicher Debatte angenommen. Fortsetzung der Berathung am Dienstag.

† Köln, 3. Febr. Der Staatsprokurator hat heute Mittag gegen das in der Appellationsinstanz ergangene Urtheil vom 1. betr. der Rheinischen Effektenbank das Kassations-gesuch eingelegt.

† Wien, 3. Febr. Die „Polit. Korresp.“ schreibt: Die Antwort der Pforte auf das Ersuchen der serbischen Regierung, ihr von den gewünschten Garantien für die Aufrecht-

erhaltung des Friedens Kenntniß zu geben, sei so geartet, daß Serbien vorerst die Verhandlungen nicht fortsetzen könne, da diese Garantien, die Seitens der Pforte gefordert würden, die von letzterer aufgestellte Grundlage des Status quo ante bellum für Serbien illusorisch machten. — Derselbe Korrespondenz meldet aus Bukarest, die rumänische Regierung habe ihre Agenten bei den fremden Staaten angewiesen, die Gerüchte über einen angeblichen Allianzvertrag zwischen Rußland und Rumänien als unbegründet zu bezeichnen; von einer Beteiligung Rumäniens an einer etwaigen kriegerischen Aktion könne keine Rede sein.

† Wien, 3. Febr. Der ungarische Ministerpräsident v. Tisza ist gestern Abend nach Pesth abgereist, um der heutigen Sitzung im ungarischen Abgeordnetenhause beizuwohnen. Nach seiner Rückkehr nach Wien werden Montag die Verhandlungen über die Bank-Frage fortgesetzt.

† Wien, 3. Febr. Die Generalversammlung der Dux-Bodenbacher Bahn beschloß mit 330 gegen 30 Stimmen die Liquidation, für den Fall der Perfektion des mit der Russig-Teplitzer Bahn vereinbarten Vertrages wegen des Verkaufes der Dux-Bodenbacher Bahn. D. Schönberger (22 Stimmen) meldete Protest gegen diesen Beschluß an.

† Rom, 3. Febr. Der Papst hat aus Anlaß der Frage, ob die Katholiken sich an den politischen Wahlen beteiligen sollen, ein vom 29. v. M. datirtes Breve an die katholischen Vereine gerichtet, welches mit Bedauern die diesbezüglich unter den Katholiken herrschende Meinungsverschiedenheit konstatiert und erklärt, daß die kirchlichen Behörden noch nicht darüber schlüssig geworden seien, ob besonders in den ehemals päpstlichen Staaten die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten gestattet sei. Der Zweck der katholischen Vereine sei jedenfalls in erster Linie der Jugendunterricht, Uebung der Werte der Barmherzigkeit und der Vertheidigung der Kirche. Wenn man an den Wahlen Theil nehme, würde man einen ungewissen Erfolg einem gewissen vorziehen. Der Papst fordert schließlich die weltlichen Vereine auf, in die eigenen Meinungen nicht die geistlichen Behörden hineinzu ziehen, die Zwietracht zu deßeitigen und die ihnen obliegenden ferneren Zwecke zu verfolgen.

† Rom, 3. Febr. Der „Agenzia Stefani“ werden die an der Pariser Börse ausgestreuten Gerüchte über das Ableben des Papstes als unbegründet bezeichnet; derselbe habe gestern die Oberen der religiösen Orden zur Weihe der Krone empfangen.

† Paris, 3. Febr. Ein in den Zeitungen veröffentlichter Brief der Jeunen Souverains, des Vicegouverneurs des Credit foncier, konstatiert, daß dieselben Percire Vater und Sohn nicht dazu bewegen konnten, die Satisfaktion, welche die letzteren Souverainen schuldig waren, zu gewähren.

† St. Petersburg, 3. Febr. Was in auswärtigen Zeitungen über die Organisation des Landsturmes geschrieben wird, wird hier als nicht zutreffend bezeichnet. Nirgendwo haben Berufungen zum Landsturm stattgefunden; es liegt nichts weiter vor, als die längst erwartete ergänzende Novelle zum Gesetze über die Wehrpflicht. Insbesondere hat auch der Minister des Innern nicht, wie behauptet worden, einzelnen Gemeinden Darlehen oder Vorschüsse für die Organisation des Landsturmes bewilligt.

† St. Petersburg, 4. Febr. Die Zirkulardepeche des Fürsten Gortschakoff, von welcher seit einiger Zeit in den Blättern die Rede war, ist jetzt wirklich erlassen worden. Derselbe erinnert zunächst daran, wie die Uebereinstimmung der Großmächte bei Beginn der orientalischen Krisis vermöge der Initiative Rußlands erzielt ward, und führt sodann aus, daß diese Uebereinstimmung durch die Zurückweisung des Berliner Memorandums gestört, bald aber auf der von englischer Seite vorgeschlagenen Grundlage wiederhergestellt worden sei und endlich dazu geführt habe, daß die Mächte einstimmig ihre Forderungen auf der Konferenz der Pforte vorlegten, welche dieselben alsdann abgelehnt habe. Die russische Regierung glaube, daß Europa durch die vereinigte diplomatische Aktion bewiesen habe, daß es lebhaft für die Erhaltung des Friedens im Orient interessiert sei und es als seine Pflicht wie als sein Recht erkenne, dazu Namens der allgemeinen Interessen mitzuwirken. Die russische Regierung habe daher, bevor sie einen Entschluß in der Angelegenheit faßte, geleitet von dem Wunsche, auch in dieser neuen Phase der orientalischen Frage die Uebereinstimmung Europa's aufrecht zu erhalten, ihre Vertreter bei den fünf Vertragsmächten beauftragt, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, was die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt, gegenüber der von der Pforte ausgehenden Abweisung ihrer einstimmigen Wünsche nunmehr zu thun gedenken.

† St. Petersburg, 4. Febr. Die dem wesentlichen Inhalte nach bereits mitgetheilte Zirkulardepeche des Fürsten Gortschakoff, welche vom Regierungsanzeiger jetzt veröffentlicht wird, trägt das Datum des 19. (31.) Januar und ist an die russischen Vertreter in Berlin, Wien, Paris, London und Rom gerichtet.

† Washington, 4. Febr. Dem Kongreß ist nunmehr die vom Kabinete berathene Botschaft des Präsidenten Grant

zugegangen; dieselbe enthält den Vorschlag, die Wiederaufnahme der Baarzahlungen auf den bereits früher in Aussicht genommenen Termin festzusetzen; ferner solle der Kongreß den Schatzsekretär ermächtigen, 150 Millionen Dollars 4proz. Bonds zu emittiren, welche in 40 Jahren gegen gesetzliche Münze einzulösen wären.

### Deutschland.

Karlsruhe, 5. Febr. Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin haben in verfloßener Nacht die Reise nach Italien angetreten.

† Berlin, 2. Febr. Heute Morgen hat Prinz Karl in Begleitung seiner beiden ältesten Entelinnen, der Prinzessinnen Marie und Elisabeth, nebst Gefolge vom Potsdamer Bahnhofe aus die Reise nach Italien angetreten. Zur Abschiedsbegrüßung waren der Kronprinz und der Prinz Wilhelm, sowie die Frau Prinzessin Friedrich Karl mit ihren beiden jüngsten Kindern und der Prinz Albrecht auf dem Bahnhofe anwesend. Die hohen Herrschaften reisen unter dem Intognito Graf und Gräfinnen v. Flatow, welcher Name einer seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs dem Prinzen Karl verliehenen Besitzung des Kron-Fideikommisses entlehnt ist. Wie verlautet, wird der Aufenthalt der erlauchten Reisenden in Italien bis gegen die Mitte des Monats Mai dauern. — Dem früheren Direktor im Reichskanzler-Amte, Wirtl. Geh. Ob.-Reg.-Rath v. Amsberg, jetziger groß-mecklenburg-schwerinscher Ministerialdirektor, ist von Sr. Majestät der Stern zum königl. Kronen-Orden zweiter Klasse verliehen worden. — Heute Nachmittag 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr vereinigte sich das Staatsministerium zu einer Berathung. — Von dem Bundesraths-Ausschuß für Handel und Verkehr wurde heute Vormittag eine Sitzung gehalten. In der gestrigen Plenarsitzung des Bundesrathes führte der Präsident des Reichskanzler-Amtes, Staatsminister Hofmann, den Vorsitz. Nach der Feststellung des Protokolls der vorigen Sitzung erfolgte Beschlusnahme über die durch Aenderung des Etatsjahres bedingte Verlegung des Termins für die Einbringung der Handelsausweise, welche für den Monat März jeden Jahres zu erstatten sind. Eine Vorlage über die Aenderung des Eisenbahn-Polizeireglements und der dem Bundesrath neuerdings zugegangene Gesetzentwurf über den Sitz des Reichsgerichts wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Nachdem alsdann u. A. mehrere Anträge des Ausschusses für Zoll- und Steuerwesen genehmigt worden, folgte die Beschlusnahme über die Besetzung erledigter Stellen bei den Disziplinar-Kammern. Schließlich wurde die Ueberweisung mehrerer auf den Zolltarif bezüglicher Eingaben an die betr. Ausschüsse genehmigt. — Die Frage wegen Theilung der Provinz Preußen in die Provinzen Ost- und Westpreußen wird seit einigen Tagen in den betr. Regierungskreisen lebhaft erörtert. Dem Vernehmen nach ist dieselbe heute vom Plenum des Staatsministeriums eingehend in Erwägung gezogen worden. Wie mehrseitig berichtet wird, gilt der Staatsregierung eine baldige Entscheidung dieser Frage als nothwendig. Deshalb soll noch in der gegenwärtigen Landtags-Session eine darauf abzielende Vorlage eingebracht werden. Soweit Kundgebungen der Presse als Maßstab für die Stimmung der Parteien angesehen werden können, hat von den Fraktionen des Abgeordnetenhauses die Fortschrittspartei schon im Voraus gegen eine Theilung der Provinz Preußen Stellung genommen. Die nationalliberalen Organe verhalten sich zu der Trennungs-Frage noch indifferent. Von Seiten der hiesigen konservativen Blätter werden gegen die Theilung keine prinzipiellen Bedenken erhoben. — Mit Unrecht melden einige auswärtige Zeitungen, der deutsche Reichstag werde am 27. Februar zusammentreten. Ueber den Einberufungs-Termin ist noch keine Entscheidung getroffen. Sehr bestimmt verlautet aber, daß am maßgebender Stelle bis jetzt daran festgehalten werde, am 20., spätestens am 22. d. M. den Reichstag eröffnen zu können.

† Berlin, 2. Febr. Die Unsicherheit der Lage macht sich am hiesigen politischen Neugiermarkt in Gerüchten Luft, die einander direkt widersprechen und für ernste Politiker keinen Anhaltspunkt zur Beurtheilung der gegenwärtigen oder gar der künftigen Ereignisse bieten. Merkwürdig ist nur, mit welcher Fähigkeit die von uns an geheimen Unterhandlungen zwischen Petersburg und Paris festhalten. Ein greifbares Moment für dieselben findet sich jedoch nirgends, weder in den diplomatischen Bourparlers, noch in den Spalten der russischen und französischen Journale, die auf unsere Orientpolitik scharf zu sprechen sind. Daß letzteres nicht hinreicht, um die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu fördern, haben wir schon an dieser Stelle bemerkt. Die russischen Blätter haben offenbar einen Wink erhalten, ihre Sprache gegen Deutschland zu ermäßigen, und dies mag dazu beigetragen haben, daß auch die französischen Journale zum Rückzuge bliesen. — Die ultramontane Partei will noch im Laufe der Frühjahrs-Session des Landtags eine Interpellation an die Regierung richten, ob man darauf rechnen könne, daß im Herbst der Gesetzentwurf, welcher die Verwaltungsreform

auf die Westprovinzen ausdehnt, vorgelegt werden würde. Auch bei liberalen Vertretern Westphalens ist der Gedanke an eine ähnliche Anregung schon erwogen worden. Bekanntlich beschloß das Abgeordnetenhaus schon mehrmals beinahe einstimmig, in diesem Sinne eine Resolution der Staatsregierung zu unterbreiten. — Die Vertreter des Realismus sind nicht müßig, für ihre Ideen Propaganda zu machen und denselben bei der Gestaltung des neuen Unterrichtsgesetzes Geltung zu verschaffen. Heute findet hier selbst wieder eine Konferenz von preussischen Realschulmännern statt, zu der auch Abgeordnete hinzugezogen sind, die man den Bestrebungen jener günstig gesinnt glaubt.

Innerhalb jener Kreise, welche immer noch „Schutz nationaler Arbeit“ rufen und die deutsche Industrie den Ausländern gegenüber begünstigt wissen wollen, wird man über eine neuere Verfügung des Marineministers nicht besonders erbaut sein, wonach der Portier für die Kranken der deutschen Marine in England eingekauft werden soll, da sich gezeigt hat, daß das gleichnamige Produkt deutscher Brauereien weitere Serenzen nicht vertragen kann.

Der Abg. v. Schorlemer-Asst, vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses befragt, wie lange das Zentrum den Kulturkampf bei der Debatte über den Kultusetat führen will, antwortete, daß die Klagen und Beschwerden seiner Partei wohl 8 Tage beanspruchen werden. In Abgeordnetentreifen meint man, daß das Remedium dafür entweder Nachsitzen oder die Ausdehnung der Plenarberatungen von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends sein würden. Man verspricht sich in diesem Falle, daß sich das Feuer der ultramontanen Beredsamkeit von selbst verlohnen würde. — Die Eröffnung des Reichstags erfolgt bekanntlich durch den Alterspräsidenten und fällt diesmal wie im Abgeordnetenhaus dem Abg. v. Gerlach zu. An seiner Stelle würde auch im Reichstage Hr. v. Bonin den Vorsitz zu führen haben, wenn er sich nicht — wie verlautet — aus irgend welchen Gründen der Ehre entzieht. Dann würde allerdings der drastische Fall eintreten, daß der 74jährige Socialdemokrat Abg. Demmler den Präsidentenstuhl des Reichstags einnehmen und die hohe Versammlung eröffnen würde.

\* Berlin, 3. Febr. Die Frage über den Sitz des Reichsgerichts wird in der bevorstehenden Reichstags-Session zur Entscheidung kommen. Der bezügliche Gesetzentwurf liegt dem Bundesrathe vor. Man hat sich für Berlin entschieden. In Frage kam außerdem Leipzig, weil dort bereits der Sitz des Oberhandelsgerichts ist, welches ja nunmehr mit dem Reichsgericht verschmolzen werden wird. Die Entscheidung für Berlin stützte sich auf Zweckmäßigkeitsgründe und wird auch wohl im Bundesrathe wie im Reichstage die Mehrheit finden, obgleich es nicht an Stimmen fehlt, welche für Leipzig warm eingetreten sind und ferner einzutreten gedenken. Es besteht die feste Absicht, den Abschluß der Justizgesetze um so mehr zu beschleunigen, als es ja doch noch der voraussichtlich sehr umfangreichen Arbeiten bezüglich der Einführungsgeetze in den Landtagen der verschiedenen Staaten bedarf, um die Justizgesetze endlich in das Leben treten zu lassen. Im Reichstage haben fast sämtliche Mitglieder bereits ihre Plätze belegen lassen. Die Autonomisten aus Elsaß-Lothringen haben 10 Plätze hinter denen der Fortschrittspartei gewählt. Die Socialdemokraten verlangen gar 21 Plätze und ein besonderes Zimmer für Fraktionsberatungen; sie zählen in Wirklichkeit freilich nur 13 Stimmen. Danach scheinen sie auf den Anschluß von 8 Gesinnungsverwandten aus anderen Fraktionen der Linken zu rechnen.

Berlin, 3. Febr. In Wien und in Konstantinopel herrscht noch immer die Besorgnis vor, daß der Krieg unvermeidlich sei, d. h. daß Rußland den Krieg eröffnen werde, sobald die Jahreszeit es zuläßt. Andererseits bemerkt man dagegen, daß die beste Jahreszeit für einen Donau-Zug der strengen Winter sei, denn nur dann sind die Segenden der unteren Donau weglam. Im Frühjahr setzen das Wasser und die Ueberschwemmungen, im Sommer die Stürme und die Krankheiten dem Vordringen eines Heeres die größten Schwierigkeiten entgegen. Die Türkei wird nicht Rußland zur Abkühlung auffordern, sondern ruhig abwarten und höchstens, wenn die Russen über den Pruth gehen, ihrerseits in Rumänien einmarschieren, zu dessen Schutz die Porte verpflichtet ist. Inzwischen macht sie Anstrengungen, sowohl mit Rumänien als mit Serbien und Montenegro zu einem raschen Ausgleich zu kommen. — Wie seiner Zeit gemeldet wurde, hatte der deutsche Botschafter in Konstantinopel Auftrag erhalten, von den beunruhigenden Nachrichten, welche über die Lage der europäischen Anstöße in Syrien und Palästina hierher gelangt waren, der türkischen Regierung Kenntniß zu geben und von derselben energische Schutzmaßnahmen zu verlangen. Aus guter Quelle hören wir jetzt, die Porte habe diese Mittheilung mit der Erklärung beantwortet, daß sie für die Ruhe im Lande einstehe. Gleichzeitig soll jedoch in Folge der Vorstellungen des Herrn v. Werther der Gouverneur von Jerusalem telegraphisch zum Bericht über die Sachlage aufgefordert und ihm die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit besonders zur Pflicht gemacht worden sein.

Wie man aus Smyrna erfährt, ist die bei dem dortigen französischen Konsulat geführte Untersuchung wegen der Schlägerei zwischen deutschen und französischen Matrosen bereits geschlossen. Zahlreiche Zeugen sollen eidlich bezeugt haben, daß die Schlägerei von den Franzosen ausging. Auch ist der französische Matrose rekonnostrirt worden, welcher dem deutschen Unteroffizier die tödtliche Verletzung beigebracht hat. Der Thäter soll sich auf dem Kriegsschiff „Chateaurenand“ befinden, das Smyrna inzwischen wieder verlassen hat. Das weitere Verfahren gegen ihn und seine Bestrafung werden hoffentlich in Frankreich nicht auf sich warten lassen.

\* Berlin, 3. Febr. Einer Privatdepeche der „Allg. Ztg.“ zufolge bereitet die Regierung eine Anleihe von 30 Mill. Mark zur Linderung der durch die Rogat-Ueberschwemmung entstandenen Noth vor. — Dem Reichstag soll in

der bevorstehenden Session der Gesetzentwurf betreffs Erhebung von Ausgleichsabgaben von Eisen und Zuder unter Berücksichtigung der Verhandlungen der Reichstags-Kommission wieder vorgelegt werden.

Berlin, 4. Febr. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer heutigen Nummer folgenden Artikel:

Die erste Kundgebung des wiedererstandenen Deutschen Reiches war am 18. Januar 1871 die mitten im Feldlager erlassene feierliche Erklärung seines Kaiserlichen Oberhauptes, durch welche dem Deutschen Reich in erster Linie eine friedliche Aufgabe zugewiesen wurde. Es hieß in dem denkwürdigen Erlaß jenes Tages:

Wir übernehmen die Kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reichs und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, geknüpft auf die geeinte Beherztheit seines Volkes, zu verteidigen. Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volke vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermüthigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren. Uns aber und Unseren Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, alzeit Mehrer des Deutschen Reichs zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an Wirthen und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gerechtigkeit.

Einer so feierlichen Kundgebung gegenüber, welcher die Regierung des Deutschen Reiches aller feindseligen Provocationen ungeachtet bisher mit keinem Schritte untreu geworden, verlieren die gehässigen Unterstellungen der ausländischen Presse jegliche Bedeutung für die Geschichte unserer Tage, und von der Verleumdung wird nichts weiter bestehen bleiben, als die allerdings hoch bedauerliche Thatfache, daß die Parteien in Frankreich, um ihren eigenen Zwecken zu fröhnen, kein besseres Mittel zu besitzen glauben, als alle die Leidenschaften des Hasses immer wieder von Neuem anzufachen, welchen der Friedensschluß und die Wiederaufnahme völlerrechtlich geregelter Beziehungen Halt gebieten sollte.

Fast unmittelbar nach seiner Errichtung hatte das Deutsche Reich Gelegenheit, die friedliche Verheißung seines Kaisers selbst um den Preis schwerer Opfer an seinem inneren Frieden zu betheiligen. Die neugebildete Zentrumsfraktion des am 21. März 1871 zusammengetretenen ersten Deutschen Reichstages begehrte die Einmischung Deutschlands in die inneren Angelegenheiten Italiens, um den Papst wieder in den Besitz des Kirchenstaates einzusetzen. Als diese Zumuthung Seitens der Regierung abgelehnt wurde, begann unter Leitung der Kurie jener Kriegszustand, in welchem der deutsche Episkopat und ein großer Theil des Klerus sich seit jenen Tagen gegen König und Vaterland befindet. Der unheilvolle Einfluß, der dabei auf weite Schichten der Bevölkerung geübt worden, beginnt Dank der festen und entschlossenen Haltung der Regierung zwar stellenweise bereits einer besseren Einsicht zu weichen, aber es war unstreitig eines der schwersten Opfer, welche Preußen und Deutschland für die Erhaltung des Friedens bringen konnten, daß sie auf Jahre hinaus ihre innere Ruhe preisgaben, — selbst auf die Gefahr einer tiefergehenden Erregung der konfessionellen Leidenschaften durch auswärtige Einflüsse, — um sich jedes Eingriffs in die Rechte und die Angelegenheiten eines fremden Volkes zu enthalten, von welchem wir in der damals eben beendeten Periode schweren Kampfes Freundschaftsbeweise wahrlich nicht zu verzeichnen gehabt hatten.

Im Herbst 1872 ward vorwiegend unter dem vermittelnden Einflusse unseres Kaisers der Drei-Kaiser-Bund errichtet, nicht zu kriegerischen Zwecken und Eroberungen, sondern zur Wahrung des europäischen Friedens und zur Abwehr aller denselben bedrohenden Bestrebungen. Der künftigen Geschichtsschreibung bleibt der Nachweis vorbehalten, wie Deutschlands Bestrebungen unausgesetzt der Bewahrung des Friedens und der Eintracht unter den großen Mächten gewidmet waren. Soweit dieses Ziel erreicht ist, darf Deutschland einen erheblichen Antheil an demselben für sich in Anspruch nehmen.

Ungeachtet dieser unausgesetzten Bethätigung so friedlicher Absichten hat namentlich die kirchliche Presse des In- und Auslandes sich im sogenannten „Kulturkampf“ mit Vorliebe der unjaubern Waffe bedient: die Tendenzen der auswärtigen Politik des Deutschen Reichs zu verächtigen. Bald sollte dieselbe gegen Rußland, bald gegen Oesterreich oder Frankreich gerichtet sein; von den kleinen Nachbarstaaten war kein einziger, gegen welchen Deutschland nicht Eroberungsgelüste hegen sollte; ja kaum gab es irgend einen Hafen oder irgend eine Insel in gleichviel welchem Ozean, welche nicht angeblich das Ziel der ehrgeizigen Bestrebungen der deutschen Politik gewesen wären. Es war schmerzlich zu sehen, wie selbst deutsche kirchliche Blätter, d. h. in Deutschland erscheinende, es nicht verschmäheten, diese abgefallenen, aus den Zeiten und der Wirksamkeit des kaiserlich französischen Pressbüreaus datirenden Märchen auf's Neue zu beleben. Ist die kirchliche Presse inzwischen auch im Allgemeinen zu der Einsicht gekommen, daß es nicht gerathen sei, dem Publikum fortwährend Dinge zu erzählen, an deren Wiberlegung jeder einzelne Tag seinen vollen Antheil hat, so scheint dagegen die französische Presse sich neuerdings der nämlichen Waffe mit Vorliebe bemächtigt zu haben.

Die großartige Einfalt des Verfassers jener „Studie“ in der „Revue des deux Mondes“, welcher „Preußen“ Schweden, Dänemark und Holland erobern läßt, könnte dießfalls mit großer Heiterkeit hingenommen werden, müßte man nicht bei dem allgemeinen Bildungsstande der französischen Bevölkerung und ihrer mangelhaften Kenntniß geographischer und geschichtlicher Verhältnisse befürchten, daß derartige unsinnige Behauptungen in Frankreich ernstlich geglaubt werden und somit eine neue Quelle des Hasses, ja selbst des Neides gegen Deutschland darstellen. Zwar könnte jeder Franzose aus der eigenen Geschichte seines Vaterlandes zur Genüge wissen, wie wenig Bestand derartige heterogene „Weltreiche“ haben, könnte aus der eigenen Geschichte seiner königlichen und Kaiser, ja selbst seiner „großen Republik“ wissen, daß dasselbe, was

die „Revue“ von „Preußen“ sagt, mit unendlich viel größerem Rechte auf Frankreich anwendbar ist:

„Weder die legitimen Interessen der Monarchien, noch die Familienbande, noch die geheiligten Rechte der Völker haben es in dem Laufe seiner Annexion aufgehalten, es hat Kriege gegen alles Kriegsrecht, unter den eitelsten und heuchlerischsten Vorwänden begonnen, und Diejenigen niederstießen lassen, welche ihre Heimath verteidigen wollten.“

Wo immer in Deutschland, Rußland, Holland, in Tyrol, in Spanien und Italien die französischen Heere ihre blutige Straße gezogen, finden sich unendlich viel Denksteine für die Richtigkeit des oben Gesagten vor. Die Geschichte fast aller Nationen enthebt uns der Beweisführung.

Auch in der Presse anderer Länder begegnen wir zuweilen Schmähungen und Verdächtigungen Deutschlands. Aber sie haben — ganz abgesehen von den Quellen und den Interessen, auf welche sie zurückzuführen — dort die Bedeutung nicht wie in Frankreich, wo die Erneuerung des Krieges gegen Deutschland Allen und Jedem nur als eine Frage der Zeit gilt, einen stehenden Faktor in allen politischen Berechnungen und Erwägungen bildet. So werthlos jene feindseligen Kundgebungen inhaltlich vom Standpunkt der Wissenschaft und Geschichte, der Logik und selbst der ästhetischen Kritik auch sein mögen — sie erhalten ihre Bedeutung durch den traurigen Einfluß, welchen sie ausüben und über dessen Tragweite die Vorgeschichte des Krieges von 1870 uns keinen Zweifel belassen kann.

\* Krasen, 3. Febr. Die Nachricht von einem Aufschub der Vermählung der Prinzessin Marie zu Waldsee und Bismarck mit dem Prinzen Wilhelm von Württemberg ist irrig. Die Vermählungsfeier wird am 15. d. stattfinden.

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Febr. Die Verhandlungen zwischen der Pforte und Serbien werden in den nächsten Tagen ihren ungehinderten Fortgang nehmen. Die Pforte ist dem ihr durch ihre hiesige Botschaft übermittelten Begehren Serbiens um Präcisirung der von ihm zu leistenden Friedensgarantien zu entsprechen bereit und wird den Botschafter gleichzeitig mit den weitest gehenden Vollmachten ausrüsten.

### Frankreich.

Paris, 3. Febr. Der Senat widmete seine gestrige Sitzung der erschöpfenden Erörterung und Erledigung des bereits erwähnten Antrags des Herrn Paul Dupont, betreffend die Wiederherstellung der städtischen Finanzen einnehmer-Posten. Hr. E. Picard vertrat die gängliche Aufhebung des Gesetzes von 1872, welches diese Posten abgeschafft hatte, während die Vorlage einige einschränkende Bestimmungen desselben beibehält. Hr. Testelin drang auf die Verwerfung des Antrags. Man wirft, sagte er, dem Senat vor, daß er wenig Arbeit verrichtet, und sät entsetzlich hinzu, daß das Abgeordnetenhaus ihm kein Material liefert. Jetzt scheint man ihm eine wahre Penelope-Arbeit zumuthen zu wollen, indem man glaubt, er sei dazu da, alle Gesetze, welche die Nationalversammlung zu Stande gebracht hat, wieder umzuschaffen. Das Gesetz von 1872 war gut, es sind dadurch Ersparnisse erzielt worden und werden mit der Zeit noch größere erzielt werden; warum es ändern? Finanzminister Leon Say und nach ihm Hr. Kocher unterstützten den Antrag Dupont und derselbe wurde artikelweise und dann als Ganzes mit 188 gegen 40 Stimmen angenommen.

Im Abgeordnetenhaus entspann sich zuerst eine lange Debatte über die Frage, ob ein Antrag des Herrn Laisant, der eine Aenderung des Art. 90 des Generalrath-Gesetzes von 1871 vorschlägt, in Betracht zu ziehen sei. Diesem Art. 90 zufolge treten im Falle von Streitigkeiten zwischen zwei oder mehreren Departements Mitglieder der verschiedenen zuständigen Generalräthe zu einem Ausschusse zusammen, dessen Beschlüsse oder erst Gültigkeit erlangen, wenn jeder der einzelnen Generalräthe sie genehmigt hat. Dadurch entstehen Verschleppungen und Verlegenheiten aller Art und Hr. Laisant beantragte, die Beschlüsse der Departements-Schiedsgerichte durch den Staatsrath bestätigen zu lassen. Berichterstatter Biette bekämpfte diesen Antrag als einen Angriff auf die Unabhängigkeit der Generalräthe; die Herren Laisant und Renault-Morliere bestanden auf der Nothwendigkeit, den endlosen Streitigkeiten über Straßen, Brücken, Jahrmarkts-Angelegenheiten u. dgl. m. ein Ziel zu setzen. Bauteurminister Christophle unterstützte den Antrag, indem er ausführte, daß Art. 90 des Generalraths-Gesetzes von Anfang an unzulänglich war. Uebrigens könnte, wenn die Einmischung des Staatsraths Anstoß erregte, eine andere Autorität, z. B. ein Ausschuss von Generalräthen eines bei dem Streite untheiligen Departements, zum obersten Schiedsrichter ernannt werden. Trotz dieser Empfehlung des Ministers beschloß das Haus nach zweifelhaften Abstimmungen, den Antrag Laisant nicht in Betracht zu ziehen. Dann folgte in der Berathung der Gesetzentwurf betreffend die Beilegung der Unterpräfekturen von Saint-Denis und Seaux. Der Ausschuss schlug seinen Referenten Camille See, ehemaligen Unterpräfekten von Saint-Denis, vor, beide Arrondissementsräthe beizubehalten und unter einen Administrator zu stellen. Dieser Antrag drang schließlich mit der Aenderung durch, daß die beiden Arrondissements in eines verschmolzen und einen einzigen Arrondissementsrath haben werden, der in Paris bei dem Administrator zusammentritt.

Wie man sich aus den Kammerverhandlungen erinnert, hatte der Abbe Bourges in Arles die gerichtlichen Siegel, welche an den von ihm gegründeten katholischen Cirkel gesetzt worden waren, weil er die Maßregel für ungesetzlich hielt, eigenmächtig entfernt. Dem „Siegel“ zufolge hat der Ministerpräsident Jules Simon Befehl gegeben, den Abbe und die übrigen Vorstandsmitglieder des Cirkels, die an dem Vergehen Theil genommen hatten, gerichtlich zu verurtheilen.

Eine andere Angelegenheit, die im Abgeordnetenhaus

zu lebhaften Debatten Anlaß gab, der Prozeß des „Avenir de la Haute-Saône“, kam heute im Obersten Gerichtshof zum Austrag. Dieses Blatt hatte bekanntlich in einer Polemik den Satz aufgestellt, daß Jeder, der an den gemischten Kommissionen von 1852 Theil genommen, sich eines Verbrechens schuldig gemacht habe. Der Präsident des Appellationsgerichts von Besançon hatte die Bemerkung auf sich bezogen und die Zeitung wegen Beschimpfung belangt. Er wurde in erster Instanz abgewiesen; aber die zweite Instanz verurtheilte, nachdem der Generaladvokat selbst für den Kläger eifrig Partei ergriffen, das Blatt zu einer namhaften Geldstrafe und erklärte sogar in dem Erkenntnis, daß die Mitglieder der gemischten Kommissionen nur ihre Pflicht gethan hätten. In diesem Stande kam die Sache vor das Abgeordnetenhaus; die Regierung sprach sich offen von den Theorien des Appellationsgerichts und des Generaladvokaten los und der letztere wurde bald darauf vom Amte entfernt. Der verurtheilte Direktor des republikanischen Blattes legte inzwischen die Nichtigkeitsbeschwerde ein und man war nun auf das Verhalten des obersten Gerichtshofs sehr gespannt. Derselbe hat heute nach umständlichen Debatten, in welchen der Generalprokurator Renouard sich auszuführen bemühte, daß in dem fraglichen Artikel nur ein historisches Urtheil, nicht aber ein persönlicher Angriff vorgelegen hätte, die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen. In den Erwägungsgründen heißt es, daß die Begehrlichkeit der gemischten Kommissionen nicht bestritten werden könne, und es daher eine Schmähung sei, wenn man ihre Mitglieder beschuldige, sich an einem Verbrechen beteiligt zu haben. In bonapartistischen Kreisen wird dieses Erkenntnis nach Möglichkeit ausgebeutet werden.

Wie in hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, wäre die Meldung, daß das angekündigte Rundschreiben des Fürsten Gortschakoff bereits von St. Petersburg abgegangen sei, verfrüht, indem der russische Staatskanzler die Eröffnung des englischen Parlaments abwarten wolle, ehe er diesem wichtigen Aktenstück seine definitive Fassung gibt.

Der Marquis von Salisbury soll Montag hier eintreffen und dem Herzog Decazes auf der Durchreise einen Besuch abstatten.

Das Erträgniß des städtischen Octrois von Paris belief sich im Jahre 1876 auf 124.224.265 Fr., d. i. um 6.034.091 Fr. höher, als im Jahre 1875 und um 11.224.205 Fr. höher, als es in den Voranschlägen angesetzt war.

Hr. Thiers, der im Laufe der Woche von neuralgischen Schmerzen heimgesucht war, ist vollkommen wiederhergestellt und empfing gestern den Besuch des Fürsten Hohenzollern und mehrerer anderen Diplomaten.

Paris, 4. Febr. Die „Patrie“ bemerkt in einer Note, die sich angeblich auf einen Bericht über deutschen Handel und Gewerbe stützt:

Deutschland, welches in kommerzieller und industrieller Beziehung arm zu nennen ist, richtet sich mit jedem Tage auf und wird uns bald eine furchtbare Konkurrenz machen. Es läßt die Leute ruhig reden und gerade wie es sich vor 1870 wohl gehört hat, die nutzlosen Angaben, welche über seine Wehrkraft verbreitet waren, zu widerlegen, hüllet es sich auch jetzt, den irrigen Darstellungen von der Lage seines Handels und seiner Industrie entgegenzutreten. Wir sind vielleicht die einzige Nation, die noch nicht gewahr geworden ist, daß Deutschland in einem gegebenen Augenblicke eine Handelsmacht sein könnte, mit welcher man nicht rechnen muß. Seine Weigerung, sich an unsere Ausstellung zu beteiligen, war von ihm, das möge man sich nur gesagt sein lassen, ein Akt der Weisheit. Wir werden es nächstens beweisen.

Die Patrie ist nicht etwa, wie man aus dieser Notiz schließen könnte, sondern im Gegentheil, wie alle bonapartistischen Organe, ein entschieden freihändlerisches Blatt.

Die „Droits de l'Homme“ veranstalten nächsten Freitag, als am ersten Jahrestage ihrer schicksalreichen Existenz, ein Bankett in Saint-Mandé, welches leicht die Verhältnisse einer großen radikalen Demonstration annehmen dürfte.

### Badische Chronik.

Karlsruhe. Der in der „Karlsruher Zeitung“ vom 1. d. M. berichtete dormalige Stand des Balger Falles hat den Verfasser eines Artikels der „Badischen Korrespondenz“ nicht befriedigt. Derselbe versucht nämlich aus der Schilderung jener Vorgänge herauszudeuten, die Großh. Regierung habe dabei dem Rechte des Staates irgend etwas vergeben und überdies den dem Staatschutz vertrauenden Pfarrer Glattfelder preisgegeben. Diese Auffassung ist vollständig unrichtig, das Recht des Staates ist, soweit die Grenzen der Staatsgewalt reichen, aufrechterhalten und die jüngst eingetretene Veränderung ist lediglich auf Nachsuchen des Pfarrers Glattfelder und gerade zu dessen Schutz erfolgt. Bis zu der Wohnsitzverlegung war Glattfelder im vollen Genuß des Pfarrereinkommens wie der Ausübung des kirchlichen Amtes; Weides, Folgen der landesherrlichen Ernennung, hat nur diejenige tatsächliche Aenderung erfahren, welche als natürliche Folge der Wohnsitzverlegung sich ergab. Zu dem Gesuche um letztern war aber Pfarrer Glattfelder genöthigt durch die Haltung der Bevölkerung von Balg, welche durch ihre Enthaltung nicht allein dessen kirchliche Wirksamkeit brach legte, sondern auch dessen Privatleben bis zur Unerträglichkeit erschwerte. Gegen eine derartige Haltung erweist sich aber der Staatschutz wenigstens nach den Rechtszuständen unseres Landes und unseres Jahrhunderts unzureichend, weil hiernach der Großh. Regierung keine Mittel zur Verfügung stehen, badische Staatsangehörige zur Theilnahme an religiösen Handlungen oder zu wirtschaftlichen Leistungen im Gebiete des Privatrechts zu zwingen. Es ist bedauerlich, daß die agitatorische Behandlung der Balger Bevölkerung das Gesuch Glattfelders zur Nothwendigkeit gemacht hat, wie es bedauerlich ist, eine befreundete Richtung

der gleichen Agitation im Bahnlampf erliegen zu sehen; es gibt eben Grenzlinien, jenseits welcher die Staatsgewalt keine zwingende Wirkung mehr äußert. Auf die Wahrnehmung derartiger Erfahrungen mit aufgehobenem Finger hinzuweisen, sollten übrigens die Freunde der Regierung lieber deren Gegnern überlassen, welche hierzu vielleicht weniger Geschick, aber ein um so größeres Interesse besitzen.

F. Freiburg, 3. Febr. Der Vorstand der akademischen Gesellschaft macht bekannt, daß die beiden letzten (8. und 9.) Vorlesungen des diesjährigen Zyklus — die eine über die „Sigmundische Madonna“, die andere „über Hirn und Schädel“ — erst nach dem Schluß des bevorstehenden Karnevals stattfinden sollen. Zudem wird uns über diese höchst gewählten Thematika eingehender Bericht vorbehalten, soll für jetzt noch des 7. Vortrags, von Hrn. Forst v. Sabs „über das Wasser“ gehalten, mit wenigen Worten gedacht werden. Den ersten Gegenstand der Bepresung bildete selbstverständlich die chemische Zusammensetzung des Wassers aus elementarem Sauer- und Wasserstoff, illustriert durch experimentelle Darstellung der beiden Gase aus natürlichem Wasser; andererseits der Wirkungen, welche die Verbindung derselben zur Folge haben (Wirkungen des Knallgas-Gebüses). Den zweiten Hauptpunkt bildete das verschiedene Verhältnis des Wassers zur Wärme: Eisbildung und Regeneration durch Druck, Verdunstung und Verdampfung des Wassers. Zum dritten wurde des Kreislaufes gedacht, den das Wasser in der ober- oder unterirdischen Erdröhre beschreibe, wie es von der Äquatorialsphäre herab und in Masse der Atmosphäre zugeführt und von hier mittels der Winde nach fälteren Gegenden verbracht, sich unter verschiedenen Verdichtungsformen wieder als Wasser in ober- oder unterirdischen Kanälen ansammelt und hierin wieder dem Meere zugeführt wird. Dies gab dem Redner Anlaß, näher auf das Horizontalwasser einzugehen und zu zeigen, wie die notwendigen Verunreinigungen derselben durch unorganische und organische Stoffe theils wieder durch natürliche Filtration beseitigt, theils aber auch, sofern der Abfluß genötigt wird, ihm erhalten bleiben und sich lokal ansammeln; ja, wenn dann noch miasmatische Keime hinzutreten, dieselben unsehrbar entwickelt werden und so die durch jene bedingten Krankheitsepidemien veranlassen. Den Schluß bildete ein Hinweis auf die erfreuliche Reinheit des unserer Stadt in der letzten Zeit durch eine neue Brunnenleitung zugeführten Wassers. — Viele und wohlgelungene Experimente sowohl, als auch gute bildliche Darstellungen suchten ein möglichst allgemeines Verständnis der berühmten Materien zu erwirken.

Karlsruhe, 5. Febr. (Großh. Hoftheater.) Nach längerer Pause wurde gestern Abend „Der Alpenkönig und der Menschenfeind“ wieder gegeben und in der neuen Besetzung von dem vollen Hause mit sichtlichster Dankbarkeit entgegengenommen. Die Rolle des menschenfeindlichen Gutsbesizers wurde von Hrn. Rebe mit sehr anerkennenswerther Gewandtheit gespielt (in der Messerszene mit Habakuk klapperte der Dialog nicht ganz). Hr. Lange hatte als Alpenkönig eine etwas monotone Deklamation, spielte jedoch als Doppelgänger des Misanthropen ganz vortrefflich und gab durch seine an Wagniss grenzenden Ausdrücke dem alten Knappe ein so fräftiges Denkmal, daß ihm endlich die Augen aufgingen und die Selbstbestimmung kommt. Hr. Mergeweg war ein köstlicher Habakuk, namentlich gelang ihm die Szenen mit dem resoluten Lischen (Hrn. Wabel) recht gut. Fern. Schupp erregte als Malden durch ihr treuherzig-naives Spiel, und vielen Beifall bei Alt und Jung fand die wohlgelungene Familienszene in der Köhlerhütte (Frau Baldener, die Fern. Elch, Seemann, Hemberger).

Karlsruhe, 5. Febr. Wie wir hören, wird Frau Größer nächsten Donnerstag nach längerer Verbindung zum ersten Mal wieder aufzutreten, und zwar in der Rolle der Adelsheid Ruued in Freitag's „Journalisten“.

### Vermischte Nachrichten.

Aus Oesterreich, 31. Jan. Vor einigen Wochen erschien der Befehl zur Aushebung für die Rekruten des Landheeres und der Marine im Jahr 1877, deren Zahl an 56,000 Mann beträgt. Interessant ist das Verhältniß der des Lebens und Schreibens fundigen Rekruten aus den verschiedenen Provinzen des österröichischen Kaiserstaates. Von je 1000 ausgehobenen Rekruten können in Niederösterreich 984 lesen und schreiben, in Schlesien 946, in Oberösterreich 889, in Böhmen 810, in Salzburg 756, in Steiermark 755, in Mähren 671, in Kärnten 681, in Tirol 366, im Küstenland 307, in Fiume 286, in Siebenbürgen 146, in Kroatien und Slavonien 143, in Galizien 115, in Krain 106, in der Bukowina 39 und in Dalmatien nur 33, während im eigentlichen Königreich Ungarn von 1000 Rekruten 358 schreiben können. Vom 1. April an hört bei der gesammten Linieninfanterie das Tragen der früheren weißen Waffenröde auf und werden fortan nur die blauen Waffenröde im Dienst getragen.

### Literatur.

Im Verlag von Erich Walthers in Berlin erscheinen in Festschrift Heinrich J. Scholle's sämtliche Romane, ein Unternehmen, dessen man sich nur von Herzen freuen kann und das vor Allem als ein sehr zeitgemäßes zu begrüßen ist. Es war eine Zeit, wo Scholle's Schriften als ein Hausbuch werth gehalten wurden, an dem viele Generationen einer Familie sich erboten und ergötzen. Seine Romane zumal waren (und sind von Kennern noch heute) als eine reichhaltige Fundgrube anmuthiger Erzählungskunst, köstlichen Humors, geübter Lebensweisheit geschätzt. Von der neueren Kritik ist Scholle nicht immer nach Verdienst gewürdigt und der Jugend ist er über dem massenhaften Andrang in- und ausländischer moderner Produktion allmählig aus den Augen gekommen. Um so anerkannterwerth ist das Unternehmen der Verlagshandlung, durch eine neue Ausgabe die heutige Generation darauf aufmerksam zu machen, welchen Schatz die deutsche Literatur in diesen trefflichen Erzählungen besitzt. Französische Novellen wußten dies recht wohl zu schätzen und zählten ohne Zweifel auf unsere Vergessenheit, wenn sie sich herbeiließen, diese oder jene Scholle'sche Erzählung als ihr eigenes Originalprodukt in ihre vaterländische Literatur einzuschmuggeln, und es ist nicht viel über zwanzig Jahre her, daß ein heute noch vielgelesenes belletristisches Blatt Scholle's reizende, zur Zeit der Pompadour in Paris und Versailles spielende Novelle „Künderwungen“, oder „wer regiert denn?“ seinen Lesern aus dem vermeinten französischen Original möglichst gewisshaft, nur nicht völlig mit der Eleganz und Feinheit des ursprünglichen deutschen Erzeugnisses, in's Deutsche zurück übersetzte.

Vielleicht hebt es den deutschen Autor in den Augen mancher Leser, wenn sie erfahren, daß ein französischer Erzähler es nicht verschmähte, dessen Wert für sein eigenes anzugeben. — Wir zweifeln nicht, daß die neue Ausgabe dieser trefflichen Novellen das Andenken des geistvollen deutschen Schriftstellers neu aufleben lassen und zahlreichen Lesern willkommenen Anlaß bieten wird, sich an seinen anmuthigen, ewig jugendfrischen Geisteserzeugnissen zu erfreuen.

### Nachricht.

Paris, 4. Febr. Der „Agence Havas“ wird aus Ragusa gemeldet, der bisherige Gouverneur der Herzogovina, Ali Pascha, sei nach Konstantinopel berufen, da die geforderte Provinzialverwaltung der Herzogovina aufgehoben werde.

Boston, 5. Febr. Die „Times“, die russische Rundnote besprechend, meint, die Antwort der britischen Regierung werde im Einklang mit dem Parlament unzweifelhaft dahin lauten, daß sich England vorbehalte, die eigenen und die allgemeinen Friedensinteressen zu Rathe zu ziehen, und den weiteren Gang der Ereignisse abwarten werde. Wolle Rußland schneller vorgehen, so werde es dies auf eigene Verantwortung thun müssen. Die russische Rundnote trage schwerlich zur Abschwächung des englischen Mißtrauens bei und werde als Aufforderung zum Beginne des Krieges betrachtet werden, woraus, wenn die Türkei ohne Bundesgenossen bliebe, Rußland kaum ermangeln könnte Nutzen zu ziehen.

Hamburg, 1. Febr. Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff „Zetia“, Kapitän Z. Meyer, welches am 17. Januar von Hamburg und am 20. Januar von Havre abgegangen, ist am 31. Jan. 1 Uhr Nachmittags wohlbehalten in New-York angekommen.

### Frankfurter Kurztettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 5. Febr., die übrigen vom 3. Febr.)

#### Staatspapiere.

Preußen 4 1/2% Oblig. Thlr. 104 1/2	Oester. 5% Papierrente 51 1/2
Baden 5% „ „ Thlr. 104 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 4 1/2% „ „ Thlr. 102	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 4% „ „ Thlr. 96 3/4	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 4% „ „ Thlr. 96 3/4	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 3 1/2% „ „ Thlr. 101 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
Bayern 4 1/2% Obligat. Thlr. 101 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 4% „ „ Thlr. 94 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
Württemberg 5% Obligat. Thlr. 101 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 4 1/2% „ „ Thlr. 94 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
Nassau 4% Obligationen Thlr. 96 3/4	„ 5% „ „ 51 1/2
Gr. Hessen 4% Obligat. Thlr. 95 1/2	„ 5% „ „ 51 1/2
Oester. 5% Silberrente 56 3/4	„ 5% „ „ 51 1/2
„ 5% „ „ 56 3/4	„ 5% „ „ 51 1/2

#### Aktien und Prioritäten.

Reichsbank 157 1/2	5% Donau-Drau 50 1/2
Badische Bank 107	5% Franz-Josef-Prior. 75 1/2
Deutsche Vereinsbank 65 1/2	5% Kronpr. Prior. 63 1/2
Darmstädter Bank 101 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
Oester. Nationalbank 697	5% „ „ „ 63 1/2
Oester. Kredit-Aktien 121 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
Rheinische Kreditbank 86 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
Deutsche Effektenbank 103 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
4 1/2% Pfälz. Markbahn 500 fl. 115 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
4 1/2% „ „ „ 250 fl. 95 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
4 1/2% „ „ „ 200 fl. 196 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 63 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 96	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 92	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 143	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 103 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 174	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 53	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 77 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 75 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 74 1/2	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 65	5% „ „ „ 63 1/2
5% „ „ „ 69 1/2	5% „ „ „ 63 1/2

#### Anleihenloose und Prämienanleihe.

3 1/2% Preuß. Präm. 100 Thl. 94 1/2	Deftr. 4% 250 fl. Loose v. 1854 94 1/2
6 1/2% „ „ „ 100 Thaler 100 1/2	„ 5% „ „ „ v. 1860 100 1/2
„ „ „ „ 100 Thl. 100 1/2	„ 5% „ „ „ v. 1864 258. —
Bayr. 4% Prämien-Anl. 124 1/2	Ungar. Staatsloose 100 fl. 143.30
Badische 4% „ „ 122 1/2	Naab-Graber 100 Thl. Loose 69
„ 3 1/2% „ „ „ 122 1/2	Schwedische 10 Thl. Loose 44.20
„ 3 1/2% „ „ „ 122 1/2	Finnländer 10 Thl. Loose —
„ 3 1/2% „ „ „ 122 1/2	Meiningen 7 fl. Loose 19.60
„ 3 1/2% „ „ „ 122 1/2	„ 10 fl. Loose 114 1/2

#### Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 20 1/2	20 Francs-St. 16.24 - 28
Paris 100 Frs. 81.40	Engl. Sovereigns 20.33 - 83
Wien 100 fl. öst. W. 165.30	Russische Imperial 16.75 - 80
Disconto 4 1/2%	Dollars in Gold 4.16 19
Holländ. 10 fl. St. 16.65	

#### Tendenz: matt.

Berliner Börse. 5. Febr. Kreditaktien 245.50, Staatsbahn 394. — Lombarden 127.50, Disc. Commandit 109.50, Reichsbank 158. — Tendenz: schwach.

Wiener Börse. 5. Febr. Kreditaktien 149.30, Lombarden 77. — Staatsbahn —, Anglobank 77.40, Untenbank —, Napoleons'or 9.79. Tendenz: fest.

#### Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

#### Verantwortlicher Redakteur:

Heinrich Goll in Karlsruhe.

#### Großherzogl. Hoftheater.

Dienstag, 6. Febr. 1. Quartal. 20. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: Der Damenkrieg, Lustspiel in 3 Akten, nach Scribe von Laube. Splitter und Balken, Lustspiel in 1 Akt, von G. v. Moser. Anfang 1/7 Uhr.

#### Theater in Baden.

Mittwoch, 7. Febr. Der Barbier von Sevilla, komische Oper in 2 Akten, von Rossini. „Rosine“ — Fr. Bianchi.

Todesanzeige.

Nach dem unerforschlichen Rathschlus Gottes ist uns nun auch fern von der Heimath unser theurer, hoffnungsvoller Sohn, Bruder und Neffe

Friedrich Hoed, Polytechniker in Stuttgart, durch den Tod entzissen worden. Er starb nach kurzem Krankenlager an Scharlachfieber und Diphtheritis in bald vollendetem 22. Lebensjahre.

Seine theilnehmenden Freunde und Bekannten auf diesem Wege statt jeder besonderen Anzeige von dieser so schweren Heimjuchung Nachricht geben, bitten wir um stille Theilnahme.

Hebdesheim, 3. Februar 1877.

Die tiefgebeugten Eltern und Geschwister:

Friedrich Hoed, Pfarrer.

Julie Hoed, geb. Arnold.

Ludolf Hoed, R. pr. Se- condelieutenant.

Julie Hoed.

Dr. Werner's Wegweiser zur Hilfe für alle Kranke ist ein in allen Gegenden Deutschlands rühmlichst bekanntes Buch, welches durch jede Buchhandlung für nur 60 p. zu beziehen ist.

800 Adressen von Personen, denen nach dem sie vielerlei Mittel nutzlos angewendet hatten, das Dr. Werner'sche Heilverfahren Gesundheit und Wohlfinden verschaffte, sind dem Buche beigegeben.

Da unser Buch vielfach nachgefragt wurde, verlange man nur, um sich vor Fälschung und Geldverlust zu hüten, die in (H36000)

G. Fönte's Schulbuchhandlung in Leipzig

erschienene Original-Ausgabe. 3.768 3

1.170. 2. als Spezialarzt für Frauen- Krankheiten und Geburtshilfe habe ich mich hier niedergelassen und wohne am Sergarten Nr. 7. Nr. 11472.

Heidelberg. Docent Dr. Cohnstein.

1.187. 3. Karlsruhe.

Madrid'ser Loose, die Coupons derselben, sowie alle anderen in- und ausländische Wertpapiere kauft zu den höchsten Coursen

F. W. Melchior in Karlsruhe.

Lehrerin-Gesuch.

1.202. 1. Eine protestantische Familie sucht auf Oftern eine geprüfte Lehrerin, die auch guten Klavier-Unterricht erteilen kann. Offerten unter T. Z. B. an die Exped. dieses Blattes.

Stelle-Gesuch

1.150. 2. Ein junger Kaufmann, verheiratet, welcher längere Jahre in Frankreich war, der Buchhaltung, Korrespondenz etc., in beiden Sprachen vollkommen mächtig ist, sucht eine seinen Kenntnissen entsprechende Stellung in einem Fabrik- oder Groß-Geschäfte und respektiert besonders auf dauerndes Engagement. Offerten unter F. G. 4365. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Heilhaber-Gesuch.

1.210. 1. Der Bekher eines kleinen, gut gelegenen Establishments, dessen Frequenz zusehends zunimmt, und einer großen Ausdehnung bedürftig erscheint, sucht einen Heilhaber mit einer Kapital-Einlage von Mark 25- bis 30,000, dasselbe kann in kurzer Zeit mit ansehnlichem Gewinn-Antheil retour bezahlt werden. Respektanten belieben ihre Adresse unter Chiffre F. W. 102 an die Expedition dieses Blattes einzuschicken.

1.189. 1. Eine Brauerei-Einrichtung (neu) ist wegen Abbruch der Gebäulichkeiten sofort billig zu verkaufen.

Näheres durch das Agentur-Bureau von Joseph Dörr, Moltke-Strasse Nr. 30 in Freiburg i. B.

1.203. Karlsruhe.

Zu verkaufen.

Ein Schimmel, Wallach, 10 Jahre alt, fromm und fehlerfrei, gut geritten, auch zum Fahren geeignet, ist zu verkaufen durch Major Grose, Romads-Anlage 2.

1.178. 2. Raftatt.

Zu verkaufen.

Eine braune Stute, durchaus militärfromm, gut geritten, für mittleres Gewicht, steht veränderungslos zu verkaufen in Raftatt; zu erfragen Haupt-straße 148

Das hier in Karlsruhe bereits über 36 Jahre bestehende

Commissions-Bureau v. J. Scharpf

besorgt die Vertreibung aussehender Schuldposten auf gütlichem wie auf gerichtlichem Wege, unter sorgfältiger Provision, so auch bei den auswärtigen Gerichten. 1.204.

Neue deutsche Reichsgesetze.

Text-Ausgabe mit Register in Taschen- und Octavformat, gebunden. — Civilprozessordnung 1 M. 60 Pf. — Strafprozessordnung 1 M. 20 Pf. — Konkursordnung 60 Pf. — Dieselben ergänzt und erläutert durch die amtlichen Materialien der Gesetzgebung von H. Klinghaus, in 8., 4 M. 50, — 3 M. und 3 M. — Vorräthig in der Buchhandlung Th. Ulrich in Karlsruhe. L. 192.

1.199. 1. Hechingen.

Stelle einer Lehrerin für die höhere Töchter-Schule.

Für die hiesige höhere Töchter-Schule ist die Stelle einer geprüften Lehrerin, welche der französischen und englischen Sprache mächtig ist, auch in weiblichen Handarbeiten und in Geographie Unterricht zu erteilen vermag, bis zu Oftern d. J. wie der zu besetzen.

Honorar 900 Mark

mit entsprechender Wohnung und freier Heizung. Bewerberinnen um diese Stelle belieben ihre diesfälligen Gesuche unter Beifügung der Zeugnisse bis spätestens 15. Februar d. J. an den Vorstand der Schule, Herrn Schulinspektor Dr. Straubinger dahier, portofrei einzuschicken. Den 26. Januar 1877.

1.128 3. Heidelberg.

Billig zu verkaufen

ein in frequenter Straße gelegenes dreistöckiges Haus mit Mansarde, in welchem J. J. eine Wirtschaft betrieben wird, unter sehr günstigen Bedingungen. Auskunft erteilt E. Schmitt, Semmelgasse 16, Heidelberg.

1.151 2. Basel.

Für Buchdrucker.

Eine ganz neue, vorzügliche Schnell-Druckpresse mit Cylinderschneidung von 60/90 Cm. Druckformat, hat sofort unter Garantie zu verkaufen. Kolb & Heitz, Maschinenwerkstätte Basel. (H319Q)

Krankenheiler

Johanna-Seife als ausgezeichnete Toilette-Seife, Johanna-Schwefel-Seife gegen chronische Hautkrankheiten, Stropheln, Flechten, Drüsen, Kröpfe, Verhärtungen, Geschwüre (selbst bössartige und syphilitische), Schunden, namentlich auch gegen Frostbeulen, verhärtete Querschnitte-Seife gegen veraltete hartnäckige Fälle dieser Art, Johanna- und Johanna-Schwefel-Wasser, sowie das daraus durch Abdampfung genommene Johanna-Salz ist zu beziehen durch: E. Glod Sohn, Lh. Bringer und F. Wolf & Sohn in Karlsruhe, A. Popp in Bruchsal Brunnen-Verwaltung Krankenheil in Elz (Oberbayern). 3.766. 2.

1.188. 1. Philippsburg.

Stamm- und Kuchholz-Versteigerung.

Aus dem Holzannual der Gemeinde Philippsburg werden künftigen Samstag den 10. Februar d. J. öffentlich auf dem Platze versteigert: 108 Eichenstämme, 66 Forstschämme, 109 Hölzer, 2 Kuchlöcher und 8 Kucheln, ferner: etwa 100 Stücken Kuchholz, meistens erster Qualität. Ankaufstermin Vormittags 9 Uhr in Abtheilung 8. Philippsburg, den 3. Februar 1877. Der Gemeinderath: R o p p.

1.186. 1. Haltingen, Amt Dörrach.

Eichenversteigerung.

Die Gemeinde Haltingen versteigert Montag den 12. Februar, Vormittags 10 Uhr anfangend, in ihrem Gemeindefeld District „Gente“, an ganz guter Abfuhr, eine halbe Stunde von der Eisenbahnstation und 10 Minuten von dem Bahnhau Leopoldsdörfer-Str. Ludwig entfernt, 47 Eichenstämme mit 88 Festmtr. Inhalt, worunter sich 30 Stück von 50 bis 100 Ctr. Durchmesser befinden, und welche sich vorzüglich zu Schnittholz eignen, ferner 1 Lindenstamm mit 1,70 Festmeter. Bemerkung: daß das Holz auf Verlangen durch Waldhüter B ä r g i n vorgezeigt und die Versteigerungsbedingungen vor der Versteigerung bekannt gemacht werden. Haltingen, den 2. Februar 1877. Der Gemeinderath.

1.198. Nr. 823. Darmstadt.

Main-Neckar-Bahn.

Die Lieferung von Cartons zu Personen-Fillets für das Jahr 1877 soll durch Submission vergeben werden. Das Verzeichniß derselben nebst Lieferungsbedingungen und den Muster der zu liefernden Cartons können von dem Hauptmagazin-Bewalter zu Darmstadt auf frankirtes Verlangen bezogen werden.

Dieses wird dem flüchtigen Angeklagten Viktor Holz hiermit eröffnet.

Mannheim, den 26. Januar 1877. Groß. Kreis- und Hofgericht, Rath- und Anklagkammer. G u y e l Ueberheim.

1.206. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Vom 5. Februar an betragen die Frachtsätze für Petroleum in Wagenladungen von 10000 Kilogr. ab Bremen nach Basel . 273,50 M. — Harburg " " . 287,10 " — Hamburg " " . 296,10 " — Bremerhaven " " . 297,50 " — Westmünde " " . 297,50 " Karlsruhe, den 4. Februar 1877. General-Direktion.

1.145. 2. Nr. 671. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Bergebung von Bau-Arbeiten.

Die Arbeiten zur Erweiterung des Güterwagens auf der Station Ettlingen sollen höherer Anordnung gemäß im Submissionswege an einen Uebernehmer vergeben werden. Dieselben sind veranschlagt:

- 1. Grab-, Mauer- und Steinbauarbeit . . . 2426 56
2. Zimmerarbeit . . . 2465 22
3. Schreinerarbeit . . . 103 89
4. Glaserarbeit . . . 154 55
5. Schlosserarbeit . . . 381 15
6. Blechenerarbeit . . . 95 -
7. Schieferdeckerarbeit . . . 587 63
8. Anstreicherarbeit . . . 291 48
zusammen zu . . . 6445 48

Die Submissionsverhandlung findet Samstag den 10. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

auf dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten statt, woselbst die bezüglichen Pläne, Vorschläge und Uebernahmungsbedingungen einzuzeigen sind.

Die Angebote sind bis zu genanntem Termine portofrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenfalls einzuzeigen.

Karlsruhe, den 30. Januar 1877.

Der Groß. Bezirks-Bahninspektor.

1.161. 2. Nr. 720. Karlsruhe.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Bergebung von Asphaltierungsarbeiten.

Die Herstellung von ca. 400 Quadratmeter Asphaltbelag mit Betonunterlage auf dem Perron im Bahnhof Baden soll im Wege schriftlicher Angebote in Accord vergeben werden.

Interessirte Uebernehmer wollen von den in meinem Geschäftszimmer ausliegenden Bedingungen Einsicht nehmen und ihre bezüglichen Angebote, welche den Preis per Quadratmeter zu enthalten haben, spätestens bis Montag den 12. ds. M., Vormittags 10 Uhr,

ebenfalls einreichen.

Karlsruhe, den 1. Februar 1877.

Der Groß. Bezirks-Bahninspektor.

1.197. Nr. 262. Karlsruhe.

Bergebung von Fuhr-Löhnen

Wir beabsichtigen die Abfuhr des Schlammes, sowie des Grabenabhubes von der Straße von dem Mühlburger Thore dazier bis zu dem Wirtshaus zur Krone für das Jahr 1877 an einen Uebernehmer zu vergeben.

Angebote hierfür wollen bis Samstag den 10. d. Mts., Vormittags 9 Uhr,

bei unterzeichneter Stelle schriftlich und versiegelt mit Angabe der dafür verlangten Summe einreichen, und können die Uebernahmungsbedingungen sowie hier auf bei Straßenmeister Frey eingesehen werden.

Karlsruhe, den 2. Februar 1877.

Groß. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion. J. Eilenlohr.

1.99. 2. Nr. 173. Offenburg.

Materialien für Schiffbrücken.

Die unterzeichnete Stelle vergibt die Lieferung folgender Materialien auf dem Submissionswege:

- 1. Für die Reher Schiffbrücke. a) Holzwerk: 10 Stück tannene, lantige Balken 6,6 bis 9,6 M lang, 18/18 Ctm. stark, 12 Stück tannene, lantige Schwellen 8,0 M lg., 32/40 Ctm. st., 4 Stück tannene, lantige Geländeholz, 36 M lg., 15/18 Ctm. st., 9 Stück tannene, lantige Schwellen 3 M lg., 12/24 Ctm. st., 900 M tannene oder forstene, lantige Hölzlinge 7,1 M lg., 8 Ctm. dia., 24-40 Ctm. breit, 450 M befehligen, 7,6 M lg., 6 Ctm.

bis, 24-40 Ctm. bi.

b) Eisenwaaren:

10,000 Stück Nägel von 13, 10, 9 u. 7 Ctm. Länge, geschmiedet nach Muster, 20,000 Stück Sechseisen in 2 Sorten nach Muster, 19 Stück Ankerkette, 11 Nm. stark, je 18 M. lang, 1 Stück Ankerkette, 10 Nm. stark, 45 M lang, 21 sauber geschmiedete Schließbänder à 6 Kilgr., 48 Paar Winkel mit je 4 Schrauben, sauber geschmiedet, das Paar à 6 Kilgr.

c) Sonstige Waaren:

ca. 200 Liter gereinigtes Erdöl.

11. Für die Freireiter Schiffbrücke.

a) Holzwaaren:

5 Stück tannene, lantige Balken, je 7 M lang, 30/36 Ctm. stark.

b) Eisenwaaren:

24 sauber geschmiedete Keilbänder nach Zeichnung, je 12 Kilgr. schwer, 5000 Stück Sechseisen in 2 Sorten nach Muster, 3000 Stück geschmiedete Nägel 13, 10, 9 u. 7 Ctm. lang nach Muster.

c) Sonstige Waaren:

100 Liter gereinigtes Erdöl.

111. Für die Greffener Schiffbrücke.

Gleich wie bei der Freireiter Schiffbrücke.

112. Für die Wittersbacher Schiffbrücke.

a) Holzwerk:

500 M tannene oder forstene lantige Hölzlinge, je 5,6 M lang, 7,5 Ctm. stark.

b) Eisenwaaren:

10,000 Stück Sechseisen in 2 Sorten nach Muster, 4,000 Stück geschmiedete Nägel in 4 Sorten von 13, 10, 9 u. 7 Ctm. lg. nach Muster.

c) Sonstige Waaren:

ca. 100 Liter gereinigtes Erdöl.

Für die Lieferung wird Commission anberaumt auf

Samstag den 10. Februar d. J., Morgens 10 Uhr,

bis zu welcher Zeit die Angebote schriftlich, versiegelt und portofrei mit entsprechender Aufschrift versehen bei unterzeichneter Stelle einzuzeigen sind.

Das Bedingniß liegt zur Einsicht hier, sowie bei den Brückenbauern in Reß, Freireit, Greffener und Wittersbach auf Offenburger, den 24. Januar 1877.

Groß. Rheinbau-Inspektion. B e g e r.

1.196. Nr. 265. Karlsruhe.

Bergebung von Bauarbeiten

Die Herstellung einer Ufermauer in Jöhlingen im Anschluß für 1. Mauer-Arbeit mit . . . 4380 M. 2. Lieferung von Dachplatten und Abweisersteinen mit . . . 4810 „ soll im Submissionswege vergeben werden.

Angebote wollen portofrei, versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Tage der Submissionsöffnung

Montag den 19. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

auf unserm Geschäftszimmer eingereicht werden, woselbst auch Plan, Kostenanschlag und Bedingungen bis dahin eingesehen werden können.

Karlsruhe, den 2. Januar 1877.

Groß. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion. J. Eilenlohr

1.191. Karlsruhe.

Sattlerarbeit - Bergebung.

Die Anbringung von je 2 kleinen vierseitigen Ledertischen mit Schallan an 704 Packställen soll im Submissionswege vergeben werden. Auftragende Uebernehmer haben ihre Angebote unter Angabe des Preises per Packstall schriftlich bis zum 10. ds. an die unterfertigte Kommission einzureichen, woselbst Bedingungen und die P. oben eingesehen werden können.

Karlsruhe, den 3. Februar 1877.

Die Versteigerungs-Kommission des 3. Bad. Dragoner-Regiments, P r i e z Carl Nr. 22.

1.164. 2. Frei G. G. Gerichtsnotar in

Wetzheim ist eine Gültenscheide sogleich oder bis längstens 1. M. d. J. zu besetzen. Gehalt 760 M. und Zeit und Gelegenheit zu Nebenverdienst.

Bewerbungen sind mit Zeugnissen zu belegen.

1.208. 1. Nr. 397. Heidelberg.

Bekanntmachung

Das Anlehen der Stadt Heidelberg ad 2,500,000 M. betr. Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß die definitiven Stücke unseres 4 1/2 p. Anlehens vom Jahr 1876 bei den resp. Pränumeranten, und zwar:

- 1. bei der Filiale der Mitteldeutschen Creditbank in Frankfurt a. M., 2. bei Herrn E. Meyer & Sohn in Hannover, 3. bei Herrn D. Oppenheimer in Mannheim und 4. bei der Stadtkasse Heidelberg, gegen Rückgabe der Intermittente erhoben werden können.

Heidelberg, den 2. Februar 1877.

Der Stadtrath. B i l a e l.

Heidel.